

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Ostpreußen 4.— M., bei jedem Postbezug monatlich 4.45 M., bei Zustellung unter Freibeit für Deutschland 4.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13 III. Fernsprecher: Amt Stenzen 2093 und 2394.

Postamt: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13 III. Postfach 130 III. Wochensatz des Postamtes: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13 III. Postfach 130 III. Wochensatz des Postamtes: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13 III. Postfach 130 III.

Telegraphen-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13 III. Fernsprecher: Amt Stenzen 2093 und 2394.

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Bergarbeiterstreik in Amerika.

500 000 Bergarbeiter im Streik.

Der seit Wochen von den Bergarbeitern angekündigte Generalstreik ist Wirklichkeit geworden. Seit Sonnabend befinden sich eine halbe Million Bergarbeiter im Ausstand. Weder die Drohungen der Unternehmer noch die der Staatsgewalt haben die Bergarbeiter eingeschüchtert, vielmehr hat die Unnachgiebigkeit der Unternehmer und ihre Unterstützung durch die Staatsgewalt den Streik unermesslich gemacht.

Ein Riesenkampf von unübersehbaren Wirkungen ist entbrannt. Wirkungen, die sich nicht allein auf Amerika beschränken, sondern die weit darüber hinaus, bei längerem Ausdauern des Streiks, auch die europäischen Staaten in Mitleidenhaft ziehen werden.

Getreu den bisherigen Methoden, die die amerikanische Bourgeoisie stets im Kampfe gegen die Arbeiter zur Anwendung brachte, ist auch bei diesem Streik die energichste Bekämpfung durch militärische und polizeiliche Hilfe in Aussicht genommen, die schon bei den Streiks der Dockarbeiter und der Stahlarbeiter die gewalttätige Erbitterung der Arbeiterschaft hervorgerufen hat.

Washington, 31. Oktober. (Reuter.)

Das Repräsentantenhaus hat mit überwiegender Mehrheit die Entschließung des Senats angenommen, in der der Kongress sich verpflichtet, die Regierung bei ihrem Vorgehen in der gegenwärtigen industriellen Krise zu unterstützen. Die das Reuterische Bureau aus Louisville meldet, wurde dort ein Bataillon von Veteranen aufgestellt, das den Befehl erhielt, sich nach den Kohlenfeldern von Westvirginien zu begeben. — Der Verwalter der Brennstoffe, Garfield, hat angeordnet, daß das Kohlenverteilungssystem, das während des Krieges in Kraft war, von neuem in Wirksamkeit treten soll für die Ausfuhr dürfte keine Rolle zur Verfügung sein.

Ein monarchistischer Putschplan in Wien.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Wien, 1. November.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag machte Genosse Friedrich Adler Enthüllungen über einen monarchistischen Putsch in Wien. Er zeigte sich auf ein geheimes Dokument, das der Volkswacht in die Hände gefallen ist. Der Plan ist von Offizieren ausgearbeitet worden und trägt das Datum des 25. Oktober. Die Wächter der Monarchie sind daher, an einem Abendtage die Volkswacht zu entwaffnen und zu internieren. Als Lösung wurde der deutsch-nationale Kampf „Zeit“ angegeben, als Selbstzweck das Wort „Sonnet“. In der Geheimkorrespondenz werden die Maschinengewerkschaft als „Häcker“, Minenwerker als „Beyrila“ bezeichnet. Der Putsch soll nachts 11 Uhr beginnen und bis 8 Uhr morgens durchgeführt sein.

Friedrich Adler sagt, daß für den Augenblick die Gefahr vorüber sei, weil man den Plan in die Hände bekommen habe. Die Situation würde sich aber im Laufe des Winters verschärfen. Die monarchistischen Kreise rechnen vor allem damit, die Arbeiter-Lassen zu sich herüber zu ziehen. Es wurde eine sofortige Untersuchung eingeleitet. Die Polizei nahm zahlreiche Forderungen und Verhaftungen vor. Ein ehemaliger Offizier gab seine Mitwisserschaft. Die Garnison wird in strenger Bereitschaft gehalten. In allen Kasernen haben Massenversammlungen der Soldaten stattgefunden, wobei der entschlossene Wille zum Ausdruck kam, jeden realistischen Putsch erbarmungslos niederzuschlagen. Der Vollzugsbefehl der Soldaten hat stromende Aufrufe erlassen, in denen der Putsch erbitterter Widerstand angekündigt wird.

Verordnung gegen die Bakterienplague.

Der Oberbefehlshaber Koska hat nachstehende Verordnung erlassen:

„Auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes vom 4. 8. 1911 wird für den Landespoliciebezirk Berlin, den Stadtkreis Spandau, die Landkreise Teltow und Niederbarnim folgendes befohlen:

Jede Unterstützung der im Volkstum befindlichen Regierungen und Truppen, insbesondere durch Anwerbung, Lieferung von Material, Waffen und Lebensmitteln, sowie durch Propaganda ist verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft, soweit noch den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe in Betracht kommt.“

Es bleibt abzuwarten, welche Erfolge diese Verordnung zeitigt. Einweilen wird noch mit Hochdruck der Werbeschwindel betrieben. Die Wirksamkeit gewisser Reichswehrstellen ist dabei zweifelhaft erwiesen. Es muß also gründlich durchgegriffen werden, soll der Befehl nicht bloß auf dem Papier bleiben, wie es schon bei vielen Erlassen, die sich auf das baltische Abenteuer bezogen, der Fall war.

Rührende Nachsicht mit Meuterern.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Thorn, 1. November.

Die Verhandlungen mit den Angehörigen des Infanterieregiments 21, die in der Nacht vom 20. zum 21. Oktober Thorn verlassen hatten, um sich mit dem Detachement Kosbach in Kulme zu vereinigen und mit diesem gemeinsam über die Grenze ins Baltikum zu ziehen, dauern noch fort. Der größte Teil der Truppen hält hartnäckig daran fest, nach Kurland zu gehen. Die Befehlsstellen versuchten bisher vergeblich, die Leute von ihrem Plan abzubringen. Das Detachement Kosbach befindet sich noch in Kulme. — In Joppot wurden dieser Tage drei Offiziere festgenommen, die deutsche Soldaten für die Armeekolonne angeworben hatten.

Die Nachsicht, die die militärischen Befehlsstellen mit den Meuterern des Infanterieregiments 21 und des Detachements Kosbach üben, ist geradezu rührend. Seit der Flucht sind nahezu 14 Tage vergangen und die militärische Bekörderung hat es immer noch nicht fertig gebracht, die meuternde Truppe von ihrem Plan abzubringen. Dabei ist die Sache höchst einfach. Die meuternden Truppen sind nicht von sich heraus auf den Gedanken gekommen, dem Hauptmann von der Hand zu gehen, sondern sie wurden von monarchistischen Offizieren, die das baltische Abenteuer gutheißen, durch allerlei verlockende Versprechungen zur Meuterei veranlaßt. Die Truppen brauchen also bloß dem Einfluß ihrer Führer entzogen zu werden, und alle Schwierigkeiten sind behoben. Aber das ist es ja gerade! Man will den monarchistischen Landesverrättern nicht weh tun. Denn sie haben ja am Ende nur das getan, was jeder eingeseifte Militarist mit Jubel begrüßt.

Der Wahlaufbruch der französischen Sozialisten.

Die „Humanité“ vom 28. Oktober veröffentlicht den Aufruf der sozialistischen Partei Frankreichs zu den Wahlen. Der Aufruf erinnert zunächst an das gemeinsame Interesse, das die städtischen Arbeiter und die Bauern, die Angestellten und die Beamten, das alle Hand- und Kopfarbeiter vereinen müsse gegenüber der geringen Zahl der Besitzenden, in deren Hand die Produktionsmittel monopolisiert sind.

Der Wahlaufbruch denkt an die furchtbare Schuld des Bürgerkriegs, das aus niedrigen Profitinteressen den fünfundzwanzigjährigen Krieg heraufbeschworen habe und das jetzt noch nicht einmal imstande sei, diesen Krieg zu beenden, das in einem wahrhaftigen Friedensvertrage den Keim zu neuen Kriegen gelegt habe. Er spricht von der furchtbaren Finanzplague, in die jene Politik Frankreich hineingetrieben habe. „Wester Krieg und morgen Bankrott“, so heißt es in dem Aufrufe. Das sind die Folgen des Imperialismus. Mit klaren Worten wird die volle Sozialisierung gefordert.

„Mehr als jemals ist es klar, daß die nationale Souveränität nur Wirklichkeit werden kann durch das nationale Eigentum... Arbeiter Frankreichs, übernehmt selber die Leitung der Führung und der Entwicklung der Produktion. Wenn Ihr gekämpft habt, um die Unterdrückung von außen abzuwenden, so setzt das Werk der Befreiung fort, indem Ihr die Nation von der Aneignung im Innern, von dem Joch der Ausbeuter Erwerbsarbeit befreit.“

Folgende Forderungen stellt der Aufruf schließlich für das Aktionsprogramm der Partei auf:

Verteilung des Auktionsertrags und des Koalitionsrechts, Übereinstimmung zwischen den politischen Einrichtungen mit den neuen wirtschaftlichen Notwendigkeiten, Verstaatlichung aller Transportmittel, Versicherungen, großer Bahnen usw.

Unentgeltliche Einheitschule, Allgemeine Erziehung in allen Schulen der freien Welt, land den Anfang machen muß.

Warum wir für Moskau sind.

Von Paul Schwenk.

II.

Man hat uns, den Verfechtern des Anschlusses an die Moskauer Internationale, nachgefragt, unsere Haltung sei rein gefühlsmäßig bestimmt. Darin liegt ein vollständiges Verkennen unserer Motive. Gewiß spricht das Gefühl, den leidenschaftlichen Wunsch, unseren Arbeiterbrüdern in Sowjetrußland in ihrer großen Bedrängnis, in ihrem Titanenkampf zu Hilfe zu eilen, mit; aber zugleich auch die rein verstandsmäßige Erwägung, daß wir damit am besten der Sache des Sozialismus in allen Ländern nützen.

Auch wir sind der Meinung, daß eine tatkräftige Zusammenfassung des internationalen Proletariats nur erfolgen kann unter Berücksichtigung der tatsächlichen ökonomischen und politischen Verhältnisse. Wir behaupten aber, daß diese von den Gegnern des Anschlusses an die dritte Internationale falsch gedeutet werden. Von denen wird gesagt, der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung sei durch den Krieg nach den westlichen Industriestaaten verschoben. Momentan hat es auch den Anschein, als ob das richtig wäre. Sehen wir aber genauer zu, so kann uns das doch gar nicht entgehen, daß diese Meinung hat. Verhältnismäßig am günstigsten hat ohne Zweifel Amerika abgeköhnt, und es ist sehr wohl denkbar, daß es in der Lage war, nur aus seinen reichen Kräftevorräten zu schöpfen. Aber bedeutet das nicht auch eine zumindest indirekte Schwächung?

Mit England, und ganz augenfällig mit Frankreich, sieht es dagegen anders aus. Da hat der Krieg gar gewaltig am Lebensmarkt gekehrt. Frankreichs Existenz ist überhaupt nur noch — wirtschaftlich gesehen — eine Illusion. Sein ganzer Reichtum besteht in dem, was wir ihm schuldig sind und voraussichtlich nur zum kleinsten Teil bezahlen können. Der Kapitalismus der ganzen Welt ist aufs befeiligste erschütterter. Das tritt nur nicht überall so augenscheinlich hervor wie in Österreich und in Deutschland. Ein so festgefügt, gut durchorganisierter und gewaltiger Organismus, wie das kapitalistische Wirtschaftssystem. Stürzt selbst unter den Äußersten Stößen nicht leicht zusammen. Aber gerade diese Erkenntnis muß unser revolutionäres Eifer befeuern. Wenn wir sehen, das System wankt, dürfen wir nicht zaudernd abwarten, bis es wieder ins Gleichgewicht gekommen ist, sondern müssen mühen, bis es vollends gestürzt ist.

Den Gehel haben unsere russischen Klassengenossen zuerst angelegt. Haben sie sich zuviel zugetrout? Das kann man nicht behaupten. Ihnen blieb eben keine andere Wahl. Der Gang der Ereignisse nötigte ihnen den gewiß sehr ungleichen Kampf auf. Aber least uns diese Einsicht nicht die Pflicht auf, dort so rasch wie möglich die Hand mit anzulegen, wo bereits Arbeiterhände am Werk sind? Und noch ein anderer Umstand zwingt unsern Blick in die gleiche Richtung. Fassen wir den Grad der Erschütterung des Kapitalismus in den einzelnen Ländern ins Auge, so ergibt sich, vom Westen von Amerika fortsetzend nach dem Osten, nach Kurland hin, eine stetig steigende Kurve. Die östliche Orientierung liegt also durchaus in der Richtung des kleinsten Kraftmehrs. Mithin haben wir dort anzupacken. Bleibt Sowjetrußland festreich, dann ist das für uns ein wesentlicher Stützpunkt und ein Faktor für unsern Sieg. Einmal soweit gediehen, entwickeln sich die Dinge mit innerer Notwendigkeit weiter: die kapitalistische Herrschaft in den westlichen Ländern kann sich dann allein nicht mehr aufrecht erhalten.

Sie könnte eingewendet werden, der Entente-Kapitalismus würde gegen uns mit denselben Mitteln vorgehen, wie jetzt gegen Sowjetrußland. Dem ist entgegenzusetzen, daß eine Blockade um so unwirksamer wird, je größer die Zahl der Länder ist, auf die sie sich erstrecken soll. Beweisen aber nicht gerade die verzweifelten Anstrengungen, die die kapitalistischen Ententeregierungen machen, um Sowjetrußland demselben Schicksal zu überliefern, wie Ungarn, daß ihnen das Wasser bereits an der Kehle steht? Wir können also dem internationalen Sozialismus gar keinen größeren Dienst erweisen, als indem wir uns sofort und mit aller Entschlossenheit auf die Seite der Moskauer Internationale stellen.

Ob bei allen unseren Anhängern diese klare Erkenntnis bestimmend für ihre Haltung war, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls haben sie instinktiv den inneren Zusammenhang der Dinge, so wie er oben dargestellt ist, geahnt. Daher die große Mehrheit für unsere Anbahnung.

Neben den streng wissenschaftlichen Gründen, die die Gegner unserer Auffassung ins Feld führen, werden noch eine ganze Reihe von Zweckmäßigkeitsgründen ins Feld geführt. Dobeu im nächsten Abchnitt.

Bethmanns Begräbnis.

Herr von Bethmann hat eine schlechte Presse. Auf der Rechten wie auf der Linken liegt man unter dem Eindruck, daß die Verhandlungen vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß ihn erleblich haben. Unfähigkeit und Unentscheidbarkeit — in diese beiden Worte läßt sich das Urteil zusammenfassen, das die Öffentlichkeit über ihn fällt.

Am schwersten wird es natürlich den Liberalen und den Rechtssozialisten, den früheren Reichskanzler preiszugeben, denn er war ihre Hoffnung, ihre Zukunft und ihre Entschuldigung. Den Vorwurf, daß sie Kriegs- und Erwerbungspolitik unterstützten, haben sie stets mit dem Hinweis auf Bethmanns angebliche Gegnerhaftigkeit gegen die wilde Politik der Militärs zu entkräften gesucht. Zudem sie den Kanzler stützten, bereiteten sie nach ihrer Behauptung die Pläne Ludendorffs und seiner alldeutschen Hintermänner. Jetzt geben sie, wenn auch zögernd, zu, daß sie ihr Haus auf Sand gebaut hatten.

Festzustellen aber ist, daß bei den Betrachtungen der Presse das so außerordentlich belastende Granaa-Telegramm gar keine Berücksichtigung findet. Dieses Verbrechen, den Beweis für die Geuchheil der deutschen Regierung zu verweigern, ist sicher verständlich, auf die Dauer wird sich das Wandern oder nicht durchführen lassen. Das Telegramm, in dem die Friedensaktion offen als moralische Rechtfertigung für die Aufnahme des rücksichtslosen U-Boot-Krieges bezeichnet wird, spricht eine zu deutliche Sprache.

Aus der Hülle der für die Kennzeichnung Bethmanns wichtigen Verhandlungsergebnisse verdient auch noch eine andere hervorgehoben zu werden. Schon seit Beginn des Jahres 1918 erkannten die maßgebenden militärischen Instanzen den Krieg zu Ende als aussichtslos und forderten deshalb uneingeschränkten Gebrauch der Tauchbootwaffe. Der verantwortliche Staatsmann sah die unheilvollen Folgen der Nachgiebigkeit an ihre Wünsche voraus. Er war überzeugt, daß das U-Boot den Sieg nicht bringen, im Gegenteil durch den Eintritt Amerikas in den Krieg die Lage Deutschlands außerordentlich verschlechtern würde.

Was war da das natürliche Gegebene? Daß er seine ganze Kraft mit voller Ehrlichkeit für einen allseitigen Frieden einsetzte und daß er den Wilsonschen Antezugruge ungeändert entsprach. Statt dessen mißbrauchte er die Friedensbewegung, um gerade das zu vorbereiten, was nicht seiner eigenen Überzeugung den Zusammenbruch herbeiführen mußte. Statt dessen behandelte er Wilsons Vorschläge „dilatorisch“ und gab schließlich seine Zustimmung zu dem Schritt, der das Ende mit Schrecken unvermeidlich machte.

Herr v. Bethmann, so meint die „Kreuzzeitung“, bleibe die Antwort auf die Frage schuldig, wie er denn den Krieg gewinnen oder auch nur hätte zu Ende führen wollen. Rein, das ist nicht der zwingende Punkt. Bethmann wußte vielmehr, daß der Krieg nicht zu gewinnen war, und die Frage, auf die er wie auf so viele andere die Antwort schuldig blieb, ist die, wie er es mit seinem Gewissen verantworten konnte, sich jenen Stellen zu beugen, die den aussichtslosen Krieg verlängerten und dadurch die Katastrophe um so furchtbarer machten.

Reichspräsident und Verfassung.

Wiederholt haben wir uns in den letzten Tagen mit dem Vorgehen in Westböhmen beschäftigt. Dort war erst wochenlang von den militärischen Befehlshabern der Belagerungszustand verhängt worden, trotzdem die Verfassung einen Belagerungszustand nicht mehr kennt. Endlich am 27. Oktober wurde mitgeteilt, daß der Reichspräsident auf Grund des Art. 48 der Verfassung den Ausnahmezustand über die Bezirke Kreis Schleusingen, Landkreis Ohrdruf und Stadt Heilsa-Rehli verhängt habe. Auch dieser Ausnahmezustand ist, wie wir wiederholt nachgewiesen haben, verfassungswidrig; die Reichsverfassung kennt auch keinen Ausnahmezustand. Welchem Abend wurde nun durch die P. V. R. folgende Mitteilung verbreitet, die sie von zuständiger Quelle erhalten haben wollen:

Nachdem der Reichspräsident es für erforderlich befunden hatte, über die Kreise Schleusingen, Landkreis Ohrdruf, Stadt Heilsa-Rehli gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung den Ausnahmezustand zu verhängen, hat er die Ausführung dem Reichswesermünister übertragen. Unverkennbar, nachdem vom Reichswesermünister die Meldung erfolgt, daß das erforderliche beantragt worden sei, hat der Reichspräsident der Nationalversammlung die nach der Verfassung erforderliche Mitteilung gemacht.

Wir stellen fest, daß auch nach dieser Mitteilung die Verfassungswidrigkeit fort dauert. Wir müssen, um den Beweis dafür zu erbringen, noch einmal den Wortlaut der in Betracht kommenden beiden Absätze des Artikels 48 der Reichsverfassung wiedergeben.

Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zweck darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 158 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.

Von allen gemäß Absatz 1 oder Absatz 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen.

Nach diesen Bestimmungen hat also nur der Reichspräsident das Recht, die entsprechenden Maßnahmen zu treffen. Er darf sich nur der Hilfe der bewaffneten Macht bedienen. Was tut aber der Reichspräsident? Er verhängt einen verfassungswidrigen Ausnahmezustand und überträgt dessen Ausführung dem Reichswesermünister. Erst nachdem er sich also seiner Rechte begeben und die Meldung der untergeordneten Stelle entgegengenommen hat, teilt er mit, daß er der Nationalversammlung die erforderliche Mitteilung davon gemacht habe.

Das Ganze ist die Abdankung der Zivilbehörden vor dem Militarismus. Der Reichspräsident mußte unverzüglich, das heißt sofort, nachdem er von den ihm im Artikel 48 der Verfassung zustehenden Rechten Gebrauch gemacht hatte, die Nationalversammlung davon in Kenntnis setzen. Das ist nicht geschehen. Die Na-

tionalversammlung ist am 30. Oktober auseinandergegangen, ohne daß sie eine entsprechende Mitteilung erhalten hat, ohne daß ihr Gelegenheit gegeben wurde, sich mit diesen Umständen zu beschäftigen.

Nicht genug damit; wie wir am Donnerstagabend berichtet haben, ist von dem Truppenbefehlshaber in einigen Orten des Kreises Schmalkalden auch noch nach der Verfügung des Reichspräsidenten der Belagerungszustand verhängt worden, ohne daß dagegen etwas unternommen wurde.

Wir sind nunmehr neugierig darauf, welche neuen Ausreden die „zuständige Stelle“ erfinden wird, um diese fortgesetzte offene Verhöhnung der Verfassung zu beschönigen.

Gaases Befinden.

Das Befinden des Genossen Gaase ist andauernd sehr ernst. Die Ärzte waren zwar gestern Abend etwas hoffnungsvoller als am Tage, sie verkennen aber nicht die noch immer sehr ernste Gesamt lage. Das Fieber ist am Abend etwas zurückgegangen.

Das Räumungsabkommen mit Polen.

Am 24. Oktober ist zwischen den Vertretern der deutschen und der polnischen Regierung die Frage der militärischen Räumung der an Polen abzurückenden Gebiete vertraglich geregelt worden. Der polnische Vorschlag wird am 7. Tage nach der Niederlegung des Protokolls über die Ratifikation des Friedensvertrages durch die Hauptmächte in Paris erfolgen. Vom 1. bis zum 2. Tage wird ein schmaler Streifen südlich der Linie Schöndorf—Gulm—Bronberg—Radel—Uch mit der Stadt Thorn von den Polen besetzt; Thorn wird am Mittag des 2. Tages von uns geräumt. Zwischen dem 4. und 7. Tage wird das gesamte Abtretungsgebiet östlich der Weichsel besetzt, und zwar Gulm am 6., Grotzow am 7. Tage. Westlich der Weichsel werden im gleichen Zeitraum Bromberg (am 4. Tage), Kozel, Kruschin und Wirsh mit das Land nördlich davon bis zur Linie Gulm—nördlich Jampelburg besetzt. Der 8. Tag ist allgemeiner Ruhetag. Zwischen dem 9. und 12. Tage werden wir das Gebiet bis zur Linie südlich Dirschau—St. Stargard—Grodz—südlich Tuchel—südlich Romh räumen. Vom 13. bis 16. Tage wird das Land bis nördlich Berron von den Polen besetzt und zwischen dem 16. und 19. Tage das übrige Abtretungsgebiet bis zum Riese. Die einzelnen Tageszonen werden durch Vereinbarungen zwischen den örtlichen deutschen und polnischen Kommandostellen festgelegt werden.

Das Inkrafttreten des Abkommens ist davon abhängig, daß der Gesamtvertrag mit Polen zustande kommt.

Späte Erkenntnis.

Eine Berliner Zeitung schreibt:

Wir stehen vor schwerwiegenden Entscheidungen im Osten. Die Räumung Ostlands und Litauens durch die deutschen Truppen ist jetzt langsam nicht mehr eine Frage militärischer Art, sondern der letzte Akt der Demobilisierung, sondern eine Angelegenheit von weltreichender, Deutschland und die Welt in Atem haltender Bedeutung geworden. Bei der Beurteilung der Wege, auf denen die Frage gelöst werden muß, hat ausschließlich die Rücksicht auf das deutsche Interesse zu walten.

Es kann nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß die Verzögerung der längst beschlossenen Räumung nicht etwa auf den Ungehorsam abenteuerlustiger Soldaten, die im fremden Lande bleiben wollen, allein zurückzuführen ist, sondern daß fahrende Köpfe unter den Offizieren und aus anderen Berufen diese eigenartige Konstruktion einer widerrechtlichen Truppe mit außerpolitischen Zielen geschaffen haben.

Was diese Kreise wollen, ist in den letzten Tagen durch die Gründung einer westrussischen Regierung offen zutage getreten. Man will von dem Westrande Russlands aus die großrussische Idee militärisch und politisch nach Osten tragen zur Vereinigung mit Deackin und Koffhof und zur Wiederaufrichtung des alten russischen Reiches.

Das Blatt, in dem dieses vernichtende Urteil über die bolschewistischen Abenteurer und ihre hochmütigen Hintermänner gefällt wird, ist — die halbamtliche „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das selbe Blatt, das seit Monaten das Abenteuer im Osten und die Verdrängung der deutsch-russischen Reaktionäre mit liebevollen Augen verfolgt hat. Jetzt erklärt das Blatt die ganze Aktion im Baltikum als ein Abenteuer gefährlicher Art.

Abgesehen von der Gefahr weiterer Repressalien der Entente gegen unser amüsiertes Vaterland sei die Frage nur beleuchtet unter dem Gesichtspunkt der Interessen der deutschen Ostpolitik. Geht die Entwicklung der Dinge so weiter, wie es heute den Anschein hat, so werden wir den Krieg mit Litauen haben und damit die Ausmischung aller deutschen Elemente aus Litauen. Genügen die Kräfte der Letten, Esten und Litauer nicht, um Vermont aus den Händen zu verdrängen, so besteht letzter Endes die Gefahr, daß die Polen zu Hilfe gerufen werden, durch Litauen durchzuziehen und unter diesem Vorwandem Vorwand ihre Einflußsphäre bis nach der Ostsee ausdehnen und damit ein Ziel erreichen, das sie im Verein mit den Franzosen schon längst erstrebt haben. Das deutsch-russische Unternehmen im Baltikum ist und bleibt daher bei allen guten Willen seiner Führer in Wirklichkeit ein-treuehaftes Spiel mit den Interessen des deutschen Volkes.

Die Selbstkasteiung des offiziellen Organs geht aber noch weiter. Die deutsche Räumung müsse mit Rücksichtnahme durchgeführt und die westrussische Regierung dürfe weder mittelbar noch unmittelbar unterstützt werden.

Dabei darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß schon eine zweideutige Haltung dieser Aktion gegenüber uns mit Sicherheit auf lange hinaus das Mißtrauen des kommenden Rußlands zuziehen wird. Deutschland muß daher seine Hände rücksichtslos aus dem gefährlichen Spiel lassen.

Monate hindurch hat man die Räumung verweigert und es so zu einer Krise kommen lassen, die nur mit äußerster Energie, verbunden mit großem diplomatischen Geschick, nachgehoben werden kann. Nachdem die Dinge einmal soweit gekommen sind, nachdem insbesondere zahlreiche Offiziere in unabhängiger Vertretung der politischen Verantwortlichkeiten die Truppen zum Ungehorsam erzwungen haben, bedarf es einer starken Hand und nachhaltiger Einwirkung, um den verwickelten Knoten zu lösen und die letzte Gruppe des Weltkrieges ohne schwe-

ren Schaden zu überwinden. Gestraft hat nicht, so leicht auch die ohnehin schon schwer belastete politische Bilanz im Osten endgültig zu unserer Ungunsten ab.

Dieses Bekenntnis des offiziellen Organs ist außerordentlich wertvoll. Beweist es doch, daß unsere fortgesetzten Anklagen gegen die Regierung und die militärischen Stellen völlig berechtigt waren, trotzdem die amtlichen Stellen uns ihre Bewegungen dauernd ansteckten. Wie viel Sorgen und Schwierigkeiten wären dem deutschen Volke erspart geblieben, wenn die heutige Erkenntnis des offiziellen Organs als Richtschnur der Regierungspolitik gedient hätte!

Raus aus dem Baltikum!

Eine letzte Mahnung der Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat an die Truppen im Baltikum, die sich nach wie vor weigern, dem Befehl zur Rückkehr Folge zu leisten, eine letzte Mahnung gerichtet. Sie weist noch einmal darauf hin, daß jeder Soldat, der am 11. November die deutsche Grenze nicht überschritten hat, als s a h n e n s i ä h t i g erklärt wird und seine deutsche Staatsangehörigkeit verliert. In dem Rufus heißt es sodann:

Die Reichsregierung weiß, daß die unverantwortlichen Irreführungen angewandt worden sind, um die Truppen im Baltikum von der Heimkehr abzuhalten und um weitere Verbrechen herbeizuladen. Man hat ihnen gesagt, die Reichsregierung müsse ja unter dem Druck der Forderungen der Entente sich den Vorschriften geben, als arbeite sie mit allen Mitteln auf eine Räumung Ostlands, und Litauens hin, im Grunde aber sei sie mit dem Vorgehen, wie es die Eisen Division und ähnliche Verbände betreiben, vollkommen einverstanden. Das ist eine Lüge! Es gibt nur eine einzige Politik der Reichsregierung in den Ostfragen und die heißt: Raus aus dem Baltikum! Alles andere sieht sie als eine verbrecherische Abenteurerpolitik an, die jetzt schon das ganze deutsche Volk in die schlimmsten Bedrohungen gestürzt hat und drauf und dran ist, weitere unendliche Schwierigkeiten und Gefahren heraufzubekommen. Deshalb hat sie zu dem letzten unerbittlichen Mittel gegriffen, um die Forderung der Entente und der letzten in letzter Stunde zur Befreiung zu bringen: indem sie jeden für schuldig erklärt und in härtester Weise seiner deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt, der nicht spätestens bis zum 11. November auf deutschen Boden zurückgekehrt ist.

Die Soldaten werden sodann darauf hingewiesen, daß sie mit ihrer Weigerung zur Rückkehr auch sämtliche Versorgungspflichten verlieren. Weiter wird ihnen der schreckliche Winter in Rußland vor Augen geführt und die Gefahren, die sich daraus ergeben, wenn sie fern der Heimat weilen und von jeder Zukunft abgeschnitten sind. Der Rufus an die Truppen, so gut er auch gemeint sein mag, wird keinen Zweck verfehlen, wenn nicht in erster Linie auf die Offiziere eingewirkt wird. Denn sie waren es, die die deutschen Soldaten für das Verarmliche Abenteuer überredeten. Sie sind die allein Schuldigen und müssen deshalb zur Verantwortung gezogen werden.

Die Maßnahmen gegen die kurländischen Rebellen.

Nach der Ankündigung der Regierung sollen sämtliche Truppen, die nicht bis zum 11. November die deutsche Grenze passiert haben, als s a h n e n s i ä h t i g erklärt werden. Sie würden demnach, wie in der halbamtlichen „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ergänzend ausgeführt wird, zunächst den für Fahnenflucht im Militärstrafgesetzbuch vorgesehenen Strafen unterliegen. Da es sich offenbar um eine von mehreren verabredete und gemeinschaftlich ausgeführte Fahnenflucht handelt, tritt die Strafverhängung des § 73 des Militärstrafgesetzbuches ein. Das Mindestmaß, nämlich ein Jahr bis zu 6 Monaten bis zu 2 Jahren (§ 70), würde sich dann um die Dauer von einem bis zu 6 Jahren erhöhen. Wird die Fahnenflucht als im Felde begangen angesehen, so tritt statt des Gefängnisses Zuchthaus von gleicher Dauer, gegen Mißbräucher und Anstifter Todesstrafe ein. Gegen Offiziere ist auf Entlassung aus dem Heere, gegen Unteroffiziere auf Degradation und gegen sie und gegen Gemeine auf Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes zu erkennen (§ 74).

Der angebotene Verlust der Staatsangehörigkeit beruht auf § 28 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913. Diese Vorschrift bestimmt: „Ein Deutsch, der ohne Erlaubnis seiner Regierung in ausländische Staatsdienste getreten ist, kann seiner Staatsangehörigkeit durch Beschluß der Zentralbehörde seines Heimatstaats verlustig erklärt werden, wenn er einer Aufforderung zum Austritt nicht Folge leistet.“ Dieser Verlust der Staatsangehörigkeit erstreckt sich auch auf die Ehefrau und auf diejenigen Kinder, deren gesetzliche Vertretung dem Ausgewanderten kraft elterlicher Gewalt zusteht, sobald sich die Ehefrau oder die Kinder in ausländischer Gemeinschaft befinden. Mit dem Fortfall der Staatsangehörigkeit entfallen naturgemäß alle aus der Staatsangehörigkeit oder Zugehörigkeit zum Heere folgenden Versorgungsansprüche.

Von den bolschewistischen Fronten.

Aus dem Hauptquartier des Generals Judenitsch wird gemeldet, daß der bolschewistische Gegenangriff bei Krasnojarsk als beendet angesehen werden müsse. Judentich will wieder zur Offensive übergegangen sein, einige wichtige Punkte besetzt und dabei Gefangene gemacht haben. Gegen Krasnojarsk soll nach einer Meldung aus Jessingford ein gemeinsamer Angriff zu Lande und zur See vorgenommen worden sein. Englische Schiffe haben die Bestung mit 15-Pfündern beschossen. Da das Wetter zu ungesund war, blieben die Erfolge aus, während die Bolschewisten durch wohlgeleitete Schiffe die Schiffe zur Unkehr zwangen. Im englischen Hinterland wurden die Verluste der Engländer bei dem Vorgehen gegen Petersburg auf 34 Offiziere und 181 Mann angegeben.

Die Armee Denikin will am 27. Oktober auf dem rechten Ufer einen Erfolg über 7 bolschewistische Divisionen davongetragen und dabei 8000 Gefangene gemacht haben. Auf dem linken Ufer sollen die Bolschewisten von den ukrainischen Truppen des Generals Petljura geschlagen worden sein. Auch im Zentrum will die Armee Denikin einen Erfolg davongetragen und die Räumung von Orjanil dem letzten großen Stützpunkt vor Moskau, erzwungen haben. Eine Befreiung der Kowtschik wird abgewartet.

Die Offensive der Roten Armee gegen die Polische Truppen hält an. Die Weissen Truppen befinden sich am Bauern im Rückzug.

Valuta und Ausfuhrerwinne.

H. F. G. Bei der dritten Lesung des Etats hat Herr Erzberger wieder einmal eine große Rede gehalten, in der er sich mit dem Valutaproblem beschäftigt. Er meinte: je weniger über die Valuta geschrieben und geredet und je mehr gearbeitet werde, desto besser lände es um die Valuta. So wenig wir diesen Standpunkt der Nichtbeachtung und Nichtkontrolle durch die Öffentlichkeit zu teilen vermögen, so wenig können wir auch anerkennen, daß Erzbergers drei positive Abhilfsvorschläge geeignet sind, das Problem vollkommen zu lösen. Er trat u. a. dafür ein, daß die Waren-erzeugung möglichst gesteigert werden müsse. So richtig die Tatsache an sich ist, so fehlt doch zugleich der Hinweis, daß gegenwärtig die Ausfuhr deutscher Erzeugnisse eine Quelle der Verzerrung der deutschen Volkswirtschaft und eine völlig unbedachtete Bereicherung der ausführenden Interessenten ist.

Die deutsche Ausfuhrindustrie verschleudert die kostbaren deutschen Ausfuhrerwinne, unsere einzigen wirklichen Valutaklößen, zu Spottpreisen, gemessen an den Preisen in den fremden Ländern. Dadurch stürzen sie die deutsche Valuta immer tiefer in den Abgrund; streichen aber trotz der Schlanderpreise mühelos Riesengewinne in ihre eigenen Taschen — wieder zum Schaden der Allgemeinheit und zum besonderen Schaden des arbeitenden Volkes.

In der Abendausgabe der „Freiheit“ vom 18. d. M. ist bereits am Beispiel der Stabeisenausfuhr gezeigt worden, auf welche Weise hierbei mühelos Riesengewinne gemacht werden. Heute sind wir in der Lage, über ganz ähnliche Zustände in der Kalkindustrie zu berichten, die namentlich in Frankreich lebhaften Unwillen erregt haben.

Im August d. J. kostete eine Tonne Meinkali ab Werk im Elsass 180 Francs, und etwa 200 Mark in Stuttgart. Unter Berücksichtigung des gewaltigen Unterschieds im Wert eines Francs und einer Mark etwa auf einem neutralen Markt, erhielt das Kalisyndikat für jeden Franc etwa 2 Mark 14 Pf. (Stand vom Juli d. J.). Um die effiziente Kaliproduktion zu verdrängen, braucht das Kalisyndikat nichts weiter zu tun, als in Frankreich oder auf französischen Absatzmärkten die Tonne Kali für 130 Francs anzubieten, d. h. um 50 Francs niedriger als der Preis des effizienten Kalis. Diese 130 Francs stellten damals (im Juli) in Deutschland einen Wert von etwa 278 Mark dar! Also trotz des für die Franzosen katastrophal niedrigen Schlanderpreises von 130 Francs die Tonne, noch ein Riesengewinn für die Taschen der deutschen Kalisinter-essanten.

In den Etatsdebatten seines Ministeriums streifte Minister Schmidt eine Möglichkeit, die nach seiner Meinung diesem Mißstand abhelfen könnte. „Es müßte erwogen werden, ob nicht einzelne Industrien dazu übergehen sollten, eine Preiskontrolle einzuführen.“ Der Zentrumsvorredner Brauns meinte, man müsse nach und nach die Inlandspreise steigern. Den Standpunkt des an soziale Rücksichten nicht gebundenen Unternehmertums vertrat der Redner der Deutschen Volkspartei, Hugo: „Das Hinaufsteigen zum Weltmarktpreis muß bald erfolgen, namentlich mit Rücksicht auf die Augustwaren.“

Die Wirkung dieser so wenig erfreulichen Debatte auf die um ihre Extraprofite bangenden Unternehmer läßt nicht auf sich warten. Man beginnt sich noch enger zusammenzuschließen, um gemeinsam noch größere Wuchererwinne einheimen zu können als bisher. So sehr sie vor dem für Schlanderpreise nach dem Ausland zu haben waren, so sehr propagieren sie nun den Gedanken einer Ausgleichung ihrer in- und ausländischen Verkaufspreise an die Weltmarktpreise. Das kann natürlich nur geschehen, wenn sie alle ge-

meintam vorgehen. Die weitere Verschlechterung, die unsere Marktolona im September und Oktober erlitten hat, würde ja das Geschäft für sie außerordentlich einträglich gestalten.

In völliger Verkennung der Mittel, die diesem Selbstzweck der nur auf ihren Profit bedachten Unternehmer wirksam begegnen könnten, empfehlen die amtlichen Stellen für die Ausfuhrregelung den Industrien, von den ausländischen Empfängern Bezahlung in ausländischer Währung zu fordern. Wir bekommen zwar auf diese Weise einige ausländische Devisen (d. h. Zahlungsmittel, die in der Währung der fremden Länder ausgestellt sind), die wir zur Bezahlung unserer Rohstoff- und Lebensmittelerzeugnisse gut brauchen können; aber der ganze Nutzen des Geschäftes, der Vorteil aus dem weiteren Rückgang der Valuta fließt doch und viel einfacher, als bei Zahlung in deutscher Mark, nur in die weit geöffneten Taschen der Exporteure. Wenn jemand Mitte August eine Rechnung über 10 000 Schweizer Franken ausgestellt hat, und Ende Oktober das Geld empfängt, so bedeutet das für ihn ein glänzendes Geschäft, denn er hat mühelos ein Viertel oder ein Drittel des Betrags gewonnen.

Mit der Forderung nach Bezahlung in fremder Währung ist gar nichts erreicht. Wesentlich ist lediglich die Höhe des Preises der ausführenden Güter. Und hier müssen die Maßnahmen der Regierung einleiten.

Unter Aufsicht des Reichswirtschaftsministeriums müssen Ausschüsse für die einzelnen Ausfuhrindustrien gebildet werden, bestehend aus der gleichen Zahl Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer, sowie der organisierten Verbraucher der einzelnen Industriezweige. Diese Ausschüsse müssen allwöchentlich die Preise sowohl für die im Inland als für die im Ausland abgesetzten Erzeugnisse festsetzen. Der Inlandspreis muß auf den Herstellungskosten beruhen und von jeglichem direkten Einfluß des Valutastandes unabhängig sein. Der Auslandspreis dagegen muß auf dem jeweiligen Stand der Valuta in dem betreffenden Ausfuhrland beruhen. Der durch den schlechten Valutastand erzielte Mehrerlös aus den Auslandsverkäufen darf nicht in die Taschen des Exporteurs fließen, sondern muß restlos dem Staat zur Verfügung stehen. Zentraler Zusammenschluß der Ausfuhrindustrien zu Verkaufssyndikaten, sowie scharfe Ueberwachung der Eisenbahnfrachttarife über die Grenzen bilden die selbstverständliche Ergänzung dieser sofort zu ergreifenden Maßnahmen.

Parteitag der U. S. P. Bayerns.

(Eigener Bericht)

Am 27. und 28. Oktober wurde in Nürnberg der zweite Landesparteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Bayerns abgehalten. 166 Delegierte aus 117 Orten waren dazu erschienen. Das Generalkomitee der Partei vertrat Genosse Dienke.

Den politischen Bericht

gibt Freund (Nürnberg). Es läßt sich nur eine gedrängte Uebersicht über die seit dem März erfolgten Ereignisse geben. Das damals eingesezte sozialistische Ministerium, dem auch die Genossen Unterleiner und Simon angehörten, mußte bald eine ungeheure Peche von den kapitalistischen Interessenten und ihrer Presse erleben, als es daran ging, mit der Sozialisierung ernst zu machen. Die gegen dieses Treiben einsetzende revolutionäre Empörung der Arbeitermassen führte zur Ausrufung der Räterepublik, die der Koalition den Vorwand gab, auch in Bayern mit Waffengewalt gegen die Arbeiterklasse vorzugehen, was bis dahin verpönt worden war. Es muß festgehalten werden, daß der erste Anstoß zum Blutvergießen von der Rechten erfolgt ist. Die durch den Aufstand vom 13. 4. in München hervorgerufene Empörung unter den Arbeitern machte jede Vermittlung zur Unmöglichkeit, so daß es schließlich zu dem furchtbaren Blutbad der Revolution kam. In der von unserer Partei herausgegebenen Broschüre „Die Münchener Tragödie“ ist ein

ausführliches Bild der damaligen Zeit gegeben worden. Der Geiselmord, den wir aufs härteste verurteilen und verurteilen, ist nur aus der Erbitterung über vorangegangene Taten der Rotergruppen zu erklären und kann in keinem Falle mit der bestialischen Niedermetzelung der 21 katholischen Seelen verglichen werden. Zu diesen Hunderten zählen die Totenopfer, zu Tausenden, die der Klassenjustiz zum Opfer gefallen sind und in den Gefängnissen schmachten. Die politische Unterdrückung hat einen Umfang angenommen den wir kaum je erlebt haben, und all das war einer sozialistischen Regierung vorbehalten.

Die Rechtssozialisten Nordbayern haben es uns in den entscheidenden Stunden der Ausrufung der Räterepublik unmöglich gemacht, eine einheitliche proletarische Front in Bayern herzustellen. Diejenigen von uns, die sich für eine Vermittlung anstrengten, um das Blutvergießen zu verhindern, versanken ebenfalls der Macht der Reaktion, indem man sie nachher monatlang in den Gefängnissen festhielt. Trotzdem die Organisation an vielen Orten durch diese Ereignisse erschüttert war, trotz der Verhaftung und Ermordung der Führer anderer die Gemeindefunktionäre mit einem glänzenden Erfolg für uns. Erst nach diesen Wochen gingen wir an unsere organisatorische Arbeit, durch die eine einheitliche Front erst ermöglicht werden kann. Heute ist unsere Partei ein politischer Faktor, der beachtet werden muß. Der parlamentarische Sozialismus hat seinen Bankrott erlebt. Die Rechtssozialisten sind zu Steigbügelhaltern der Reaktion, des Reutums geworden. Bald wird es heißen: Der Roter hat seine Schuldigkeit getan, der Roter kann gehen. Aber wir hoffen, daß die bürgerlichen Parteien ihre Rechnung ohne den Roter gemacht haben.

Die kommenden Monate müssen den Vorbereitungen für die zukünftigen Wahlen gewidmet sein, und außerdem müssen wir für jede Situation gewappnet sein. Keine Illusionspolitik, keine Politik, die mit solchen Hoffnungen arbeitet, das soll die Lehre sein, die wir aus der Münchener Tragödie zu ziehen haben. Weg vom Anarchismus — durch zum Sozialismus.

Den Bericht der Landtagsfraktion erstattet Genosse Goffner-Den.

Bericht des Landessekretariats

erstattet Genosse Goldmann. Die Mitgliederzahl hat sich seit dem Frühjahr vervielfacht. Wir haben in Oberbayern 18 200 Mitglieder in 45 Ortsgruppen, in Schwaben-Neuburg 4000 Mitglieder in 18 Ortsgruppen, in Niederbayern 8000 Mitglieder in 31 Ortsgruppen, in der Oberpfalz 6100 Mitglieder in 48 Ortsgruppen, in Mittelfranken 2500 Mitglieder in 41 Ortsgruppen, in Oberfranken 6000 Mitglieder in 85 Ortsgruppen, in Unterfranken 4700 Mitglieder in 42 Ortsgruppen. Einen Stellenbericht vorzulegen, ist mir zur Zeit leider nicht möglich, da mehrere Freistellungen im Rückstand mit ihren Abrechnungen geblieben sind. Unser Aufstieg in Bayern ist geradezu stänzen zu nennen. Wir müssen aber weiter energisch und mit aller Kraft arbeiten, um unsere Sache zum Siege zu führen.

Die Debatte.

Kämpfer (München): Die Ausrufung der Räterepublik und die ihr vorangegangenen Ereignisse geben uns wichtige Aufschlüsse über das Problem: Klassen und Führer. Für die Arbeiterklasse gibt es keine Niederlagen, denn die proletarische Bewegung ist unausrottbar, aus der Weiterfolgen schöpft sie ihre Kräfte.

Blumentritt (Hof): Daß die Gegenrevolution wächst, zeigt das immer treuer Verhalten der bürgerlichen Parteien des Landtages. Wenn wir die Massen revolutionieren wollen, so ist die theoretische Aufklärung über die Zusammenhänge und die sozialistische Durchbildung unbedingt notwendig.

Nach der Debatte wurde beschlossen, daß sich der Landesvorstand aus fünf Mitgliedern zusammensetzen soll, von denen drei aus den Kreisen der Münchener Genossen und zwei aus dem Lande zu wählen sind. Hierzu sollen noch Vertreter der Reden Kreise hinzukommen, um in entscheidenden Fragen mit Stimmen mitzubewahren. Ferner wird beschlossen, daß der Landesvorstand und das Landessekretariat in München sitzen sollen. Ueber

Demokratie und Diktatur

referiert Blumentritt (Hof): Die Auffassungen von dem Wesen der Demokratie sind ganz verschieden, je nach dem, welches Klasseninteresse man bezweckt. Dem Bürgertum genügen die höheren demokratischen Formen, unter dem es anbelangt die kapitalistische Ausbeutungsgleichheit dererben kann. Für

25 Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript: übertragen von Germania zur Nation.

Das Erwachen der amerikanischen Arbeiterklasse als Nachwirkung des Weltkrieges und der russischen Revolution wird in diesem Roman sichtlich geschildert. Unsere neuhingutretenden Abenteurer werden sich leicht in den Song der Sozialisten hineinfinden. Jimmie Higgins ist ein glücklicher Verheirateter, bestehend dahinschwebender amerikanischer Arbeiter, der bei Ausbruch des Krieges in die sozialistische Bewegung hineingerissen wird, die gegen die Verdrängung Amerikas in das blutige europäische Gemisch protestiert. Jimmie ist einer der Arbeiter, die gegenüber den kapitalistischen Gewalttätern mit ihren Schillingen wie dieser einfache Proletarier Jimmie Higgins in seinem dunklen Drogen, in seinen Leiden und in seinem festhaften Heroismus zum Symbol des Klassenkampfes. Sein mannhaftes Eintreten für die Freiheit und gegen die Verdrängung durch den Krieg und die amerikanischen Kapital- und Volkseigenen hat ihm auf einem sozialistischen Protestmeeting mit anderen „Streikbrechern“ Verhaftung und Gefängnisstrafe eingetragen. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis sieht er sich von Unternehmern auf die „Schwarze Liste“ gesetzt und findet nur mit Mühe für täglich zwei Dollar Arbeit etwas außerhalb seiner Stadt Verdienste in einer Fabrikhandlung, die einem alten Deutschen namens Hummel gehört. Er lernt in Versammlungen die hübsche Stenographin und radikale Frauenrechtlerin Evelyn Wackerbills kennen, und es droht dadurch ein Konflikt mit seiner Lizzie, die eine gute Hausfrau und Mutter ist, aber weder Zeit noch Sinn für die Politik und sozialistische Agitation ihres Mannes hat.

Jimmie strebt festsam bewegt heimwärts. Was ihm geschehen war, haben seit Jahrhunderten die Dichter zu schildern versucht, doch kann Jimmie Higgins keine Dichtermorte, und deshalb war ihm die Sache ganz neu; er mußte allein mit ihr fertig werden. Ihn war zumute wie einem Schulknaben, der in einem Leitwuch hochgeschleudert wird; er war die Worte überlicher Verwirrung und Angst, Hoffnung und Scham, Verzweiflung und Auflehnung, Wut und

Erregung, zorniger Selbstverachtung und splternden Zweifels. Wahrlich ein treffendes Bild, das jenem Dichter gelungen war, der zuerst das Symbol des mutwilligen kleinen Gottes gefunden hatte, der sich an Abnungsgelose heranlehnt und ihnen den spitzen, schmerzenden Pfeil mitten ins Herz schießt.

Am ersten dachte Jimmie, daß er Lizzie nichts davon erzählen konnte; die erste Sorge in vier Tagen, die er Lizzie nicht bekannte. Er empfand ein Gefühl der Beschämung, als er dabei im Bett kroch, als habe er Lizzie gegenüber ein Unrecht begangen, und doch wußte er nicht, worin dies Unrecht eigentlich bestand, und wie er es hätte vermeiden können. Nicht er hatte die junge Feministin so reizend und lieb und aufrichtig getroffen; nicht er war schuld am Dasein des kleinen Gottes, noch hatte er das Gift für dessen Pfeilwunde gemischt. Nein, eine Macht, gewaltiger als er selbst, hatte diese Situation vorbereitet, eine grausame, unerbittliche Macht, die sich gegen den häuslichen Frieden verstand; vielleicht steht auch diese Macht im Solde des Kapitalismus, der dem Propagandisten sozialen Gerechtigkeit die Seelenruhe mißgibt!

Jimmie versuchte seine Seelenkämpfe zu verbergen, und da er — armer naiver Kerl! — nie im Leben etwas zu verbergen gehabt hatte, mißlang es ihm völlig. Schon bei der nächsten Versammlung trüffelten die Frauen, Genosse Higgins habe sie enttäuscht, sie hätten geglaubt, er sei völlig der guten Sache ergeben, nun aber mühten sie erkennen, daß auch er wie die übrigen Männer ist, die sich durch ein hübsches, lächelndes Gesicht den Kopf verdecken lassen. Anstatt seine Arbeit zu verrichten, laufe er dem Wackerbills-Wädchen nach, verdröbe die Augen wie ein Mondfals und mache sich zum Gespött der ganzen Versammlung. Dabei ließen seine Frau und seine drei Kinder zu Hause, erwarteten ihn und glaubten, er redete sich für den Sozialismus ab. Als die Versammlung zu Ende war, und Genossin Wackerbills sich von Herrin heimbegleitete, war die Enttäuschung des Genossen Higgins so offensichtlich, daß alle Anwesenden darüber lachten.

V.

Um des öffentlichen Anstandes willen mußten die Frauen der Ortsgruppe zu diesem Skandal Stellung nehmen. Eiliche zum wüthelien waren dieser Anstalt, einzeln, ohne sich be-

suchen zu haben, suchten sie am folgenden Tag Lizzie auf und rieten ihr, Alter zu den Versammlungen zu kommen und sich mit den Ideen des radikalen Feminismus vertraut zu machen. Als Jimmie am Abend heimkehrte, fand er seine Frau in Tränen aufgelöst vor, und es klang sich zwischen ihnen eine höchst unglückliche, schmerzliche Szene.

Die arme Elizabeth Sulzar hatte nie Gelegenheit gehabt, sich mit dem Programm des Feminismus zu befassen. Ihre Ideen über wilde Ehen stammten aus einer ganz anderen Welt, einer Welt, deren Ideen nicht neu, sondern im Gegeheil uralte und höchstens im Sinne der Verderbtheit „fortschrittlich“ waren. Sie beurteilte Jimmies Verhalten nach ihrem alten Maßstab und war nun verzweifelt, außer sich vor Schummer und Schande. Er ist also auch wie die übrigen Männer, und sie hatte geglaubt, er sei eine Ausnahme. Er brachstet sie — eine Frau, die er sich aus dem Vorstell gebolt.

Jimmie stand da wie erstarrt; er hatte nie daran gedacht, daß aus den Augen einer Frau solche Tränenbäche zu fließen vermögen, noch daß seine brave, freizügliche, gute Frau so lässlich und verloren in ihrem Schmerz sein könne. „Du wußte es ja, habe es immer gewußt, daß es so kommen wird. Ich hätte dich nie heiraten sollen, habe es dir immer gesagt.“ „Aber Lizzie!“ — beschwichtigte sie der Mann — „du irrst. Das hat ja gar nichts damit zu tun.“

Sie wußte sich ihm jählings zu, die Finger gekrümmt, als wolle sie ihm die Augen ausfragen. „Du wirst doch nicht behaupten, du würdest diesem jungen Ding da nachsehen, wenn du nicht eine Frau von der Straße hättest. Wäre ich eine anständige Frau, und du wüßtest, daß ich recht habe.“

„Lizzie!“ — rief er bestürzt — „hör mich an...“

Doch ließ sie sich nicht unterbrechen. „Alle sagten, ich sei eine Narrin, dennoch habe ich dich geheiratet, weil du mir geschworen hast, es mir nie vorzumwerfen. Und dann habe ich dir Kinder geboren...“ Lizzie fuhr mit dem Arm über die schlafenden Kleinen, als wolle sie diese von der Erde fortlegen, auf die sie ein grausamer Irrtum gebracht hatte. Jimmie junior ermodete, sein Instinkt wehrte sich dagegen, von der Erde gefegt zu werden, er begann zu heulen. Nun fiel er auch die beiden anderen ein; halb brüllten alle drei aus voller Kehle.

(Fortsetzung folgt.)

und kann es aber Demokratie erst dann geben, wenn durch den Sozialismus die wirtschaftliche Gleichheit der Menschen hergestellt ist. Deshalb müssen wir einen scharfen Unterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie machen. Wer diesen Unterschied verkennt, und glaubt, daß mit den Formen der bürgerlichen Demokratie der Sozialismus herbeigeführt werden kann, verläßt den Boden des Klassenkampfes und wird aus einem revolutionären Sozialisten ein Reformist. Das ist heute bei den Rechtssozialisten der Fall. Die Kämpfe, die sich heute zwischen uns und ihm abspielen, haben, wie Sie wissen, bereits in Friedenszeiten in der sozialdemokratischen Partei eine große Rolle gespielt. Die Reformisten haben die sozialdemokratische Partei von innen ausgehöhlt, während sie vermeintlich die bürgerliche Gesellschaft auszuheilen. Die Laien der Rechtssozialisten gingen heute davon, daß sie nur mit den Lippen den Sozialismus wollen, sich aber tatsächlich mit der kapitalistischen Gesellschaft abgeben haben. Darüber herrscht natürlich große Benachteiligung bei der deutschen Bourgeoisie.

Ein wie gewaltiger Motor der Geschichte die Diktatur sein kann, das haben wir in den ersten Wochen nach der Novemberrevolution erlebt. Damals hatten wir die Diktatur des Proletariats: Der Achtstundentag wurde eingeführt, die Kooperationsfreiheit hergestellt, die Arbeitslosenunterstützung bewilligt, die politischen Rechte für beide Geschlechter in weitestem Maße ausgedehnt, d. h. ein großer Teil der sogenannten praktischen Forderungen des Erfurter Programms wurden im Wege der Diktatur verwirklicht. Heute ist die sogenannte Demokratie da, diese Forderungen sind nach und nach zu befriedigen. Die sogenannten Volkspartei durch den Sozialismus können für uns nicht maßgebend sein, solange die Großbourgeoisie und das Bankkapital durch ungemessene Geldmittel und mit Hilfe ihrer Presse die Massen nach ihrem Willen lenkt und beeinflusst. Die Demokratie Frankreichs und Nordamerikas kann nicht unser Ideal sein. Wir sind zunächst Sozialisten und erst als solche Demokraten, das müssen wir festhalten, wenn wir das Wesen der proletarischen Diktatur erkennen wollen. Diese bedeutet nicht weiter als die Klassenherrschaft des Proletariats nach Eroberung der politischen Macht. Dann eben wird das Proletariat unumchränkt regieren, wie heute die Bourgeoisie unumchränkt regiert. Es ist aber nicht zu glauben, wie es die Rechtssozialisten tun, daß eine sozialistische Parlamentarismus ohne weiteres die Macht hätte, im sozialistischen Sinne zu handeln. Wie gewaltig die Macht des Kapitals ist, ersehen wir aus dem schweren Kampfe, den Sowjet-Rußland zu führen hat. Wir wissen, daß die Methoden der russischen Revolution bei uns nicht angewandt werden können. Andere Verhältnisse erfordern andere Mittel. Wir wissen aber auch, daß der Bürgerkrieg, den wir, wie jedes Blutvergießen, verabscheuen, nur dadurch entsteht, daß die Kapitalisten ihre wirtschaftliche Macht gegen den Willen der Volksmassen mit den gewaltigen Mitteln der Gewalt aufrecht erhalten will.

Ueber

das Verhältnis der U. S. P. zur S. P. D. und R. P. D.

referiert Kämpfer (München): Der Grund der Spaltungen, in denen sich zur Zeit die deutsche Arbeiterklasse befindet, ist in der tiefgehenden Egarung der Massen zu suchen. Auch innerhalb der drei bestehenden Parteien spielen sich Kämpfe ab, und bei keiner von ihnen kann man von einer klaren eindeutigen Politik sprechen. Wenn wir zum praktischen politischen Handeln kommen wollen, so müssen wir versuchen, die Grundlagen für das Handeln gegenüber diesen Parteien zu finden.

Die rechtssozialistische Partei hat sich zu einer ungeheuren Wohlstandsklasse entwickelt, in der nur ein geringes gehobenes Leben zu finden ist. Die Zentralleitung dieser Partei hat alle Macht, insbesondere die Presse, in der Hand, wodurch die einzelnen Mitglieder vollkommen willenlos werden. Der Reformismus, der innerhalb dieser Partei den Ton ansetzt, hat zu der Theorie des Sozialreformismus geführt. Man sieht die sogenannten Allgemeininteressen vor, weil man zu feig und zu schwach ist, den Klassenkampf zu führen. Man weiß nicht oder man will nicht mehr wissen, daß es in der Klassengesellschaft keine Allgemeininteressen gibt, sondern daß das gesellschaftliche Wohlleben das Ergebnis der zwischen den feindlichen Klassen stattfindenden Kämpfe ist. Der Wandel mancher unserer Genossen, daß die rechtssozialistische Partei noch einer Wandlung fähig wäre, kann zu schweren Enttäuschungen führen. Der 4. August 1914 war der Schlupfwinkel des inneren Umwandlungsprozesses, durch den die sozialdemokratische Partei sich der kapitalistischen Gesellschaft anpaßte. Die heutige Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien ist nur die Konsequenz aus dieser Tatsache. Die rechtssozialistische Partei ist ein Bestandteil des alten Deutschlands, das heute unter anderer Herrschaft wieder aufsteht, sie gehört zu den Schutzbündeln des Weltkrieges. Deshalb ist die Schlüsselfrage für uns der Bruch mit der Auseinandersetzung mit den Methoden und dem Wesen der bürgerlichen Demokratie. Eine Koalition mit der rechtssozialistischen Partei in irgend einer Form muß daher unter allen Umständen abgelehnt werden. Das hindert aber nicht, daß wir mit ihr, wie auch manchmal mit bürgerlichen Parteien, bei Abstimmungen zusammengehen können. Jedes Kompromiß aber, das unsere Grundanschauung beeinträchtigt, ist verwerflich, den Klärungsprozess in den Massen zu fördern und anzukurbeln.

Die Anzahl von Strömungen, die innerhalb der kommunistischen Partei bestehen, machen es uns sehr schwer, eine klare Stellung zu ihr zu finden. Als einer Partei aber, die unter der inhumanen Verfolgung zu leiden hat, müssen wir stets unsere proletarische Solidarität ihr gegenüber betonen. Sobald die kommunistische Partei dazu kommt, Vertretungen in den Parlamenten und Gemeinderäten zu erhalten, dann wird sich ein enger Zusammenarbeiten mit ihr ohne weiteres ergeben müssen. Auch bei öffentlichen Kundgebungen, Versammlungen usw. können wir zu einem gemeinsamen Vorgehen mit der R. P. D. kommen, wenn die örtlichen Umstände dies irgendwie gestatten. All das soll uns aber nicht hindern, Tendenzen in der R. P. D., die unseren Anschauungen zuwiderlaufen, energisch zu bekämpfen. Das gilt besonders gegenüber allen Repräsentationsversuchen der Generalkommissionen. Vereinigen wir den leidenschaftlichen Idealismus, den wir bei vielen Genossen der R. P. D. finden, mit der klaren Erkenntnis der wirklichen Tatsachen, dann wird sich mit unserer Partei die von uns so schmerzhaft ersehnte Einigung des deutschen Proletariats vollziehen.

Die Debatte über diese Punkte beschäftigte sich zunächst mit der

Stellung zur Internationale.

Mit geben daraus das Folgende wieder:

Reinlein (München): Wir müssen die revolutionären Arbeiter aller Länder in der Internationale vereinen. In diesem Bewußtsein müssen wir nach Berlin gehen und den Ausschluß der deutschen Rechtssozialisten durchsetzen.

Koenig (Wuppertal) will für den Anschluß an die dritte Internationale ein. Wir würden sonst ins Schleppland der Reformisten geraten.

Schwarz (Münster): Bei einer so schwierigen Frage wie die der Internationale kann ich mich nicht so kurzgefaßt äußern. Die Frage bedarf jedenfalls gründlichen Nachdenkens, ehe man zu einer Entscheidung und Lösung kommen kann. Daß wir für unsere russischen Genossen die herzlichste Sympathie empfinden, ist vollkommen selbstverständlich. Deshalb müssen wir aber die Abhängigkeit und Verbindung mit unseren westlichen Genossen nicht verlieren.

Freund (Münster): Wenn der Internationale habe ich immerhin mit mir zu kämpfen gehabt und bin zu der Überzeugung gekommen, daß es der schwächste Fehler wäre, sich mit dem Osten zu verbinden, wenn man dabei die Fühlung mit dem Westen verliert. Wir müssen von allen Genossen in dieser Sache ein großes Verantwortungsgefühl verlangen. Es

müßte nicht, Grabs zu rufen, wenn das Wort: 3. Internationale fällt. Rußland und Deutschland sind wirtschaftlich ein Nichts gegenüber England und Amerika. Dort wird der Entschuldigungskampf über den Sozialismus geföhren werden. Wir müssen eine revolutionäre Internationale schaffen, dürfen uns aber dazu den Weg nicht vorzeitig verbauen. Gegenüber der kommunistischen Partei ist eine gewisse Vorsicht geboten, denn es gibt Strömungen darin, die Verbindung mit reaktionären Elementen haben, z. B. an die deutungslose Richtung.

Schmid (Dachau): Die zweite Internationale kommt für uns selbstverständlich nicht in Betracht, wir dürfen aber gegenüber der dritten Internationale nicht allein das Gefühl einschreiben lassen. Die Forderungen müssen wir energisch bekämpfen. Das Kapital ist weder lächlich noch kritisch.

Genle (Paderborn): So begreiflich es ist, daß so viele von uns mit diesem Vorschlag für die dritte Internationale eintritten, so sehr ist es notwendig, mit kühlem Kopf die geschichtliche Lage, in der wir uns befinden, in Betracht zu ziehen. An die dritte Internationale denkt kein Mensch, denn die ist tot. Wir wollen eine neue Internationale gründen, hinter der aber die großen Massen der Arbeiter in allen Industrielandern stehen. Deshalb dürfen wir nicht turband uns für die dritte Internationale entscheiden, ehe wir nicht in Erfahrung den letzten Versuch unternommen haben, die reformistischen Strömungen herauszuwickeln. Reformen bedeuten nur dann ein Aufgeben des Klassenkampfes, wenn man auf die Revolution verzichtet. Das hat Rosa Luxemburg in ihrer bekannten Schrift „Reform oder Revolution“ ausgesprochen.

Blumtritt (München) in seinem Schlusswort für Beteiligung am Genfer Kongress ein. Erst dort können die Entscheidungen fallen, welcher Internationale wir uns anschließen wollen.

Es folgt die Abstimmung über die Beiträge.

Die Ortsgruppe Schwabau beantragt, der Parteitag solle beschließen, den Anschluß an die dritte Internationale zu verweigern.

Boyer (München): Ich bitte um's Wort zur Geschäftsordnung.

Freund (als Vorsitzender): Wir sind in der Abstimmung. Ich kann niemand das Wort geben.

Der Antrag Schwabau wird mit 98 gegen 92 Stimmen angenommen. 23 Genossen haben sich der Stimme enthalten.

Boyer (München) zur Geschäftsordnung: Ich habe im Namen von 25 Delegierten zu erklären, daß wir an der Abstimmung nicht teilgenommen haben als Protest dagegen, daß eine solche wichtige Frage noch völlig ungenügender Klärung zur Entscheidung gebracht wurde. Wir sind der Ansicht, daß wir erst dann endgültig einen Entschluß fassen können, nachdem wir auf dem Genfer Kongress Gelegenheit gehabt haben, die Lage eingehend zu klären.

Freund: Ich muß Boyer erwidern, daß ich nach der Geschäftsordnung nicht anders vorgehen konnte und den Antrag zur Abstimmung bringen mußte.

In den Landesvorstand wurden hierauf Unterleitner, Herfel und Hedwig Kämpfer aus München, Blumtritt (Dachau) und Simon (München) gewählt. Goldmann scheidet das Amt des Landessekretärs weiter.

In einer Resolution wird die Empörung des Parteitag über das Urteil im Beselensmodprozess ausgesprochen. Ein anderer Antrag fordert die Genossen auf, den 7. November durch Arbeiterruhe zu feiern. In einer Erklärung wird die Sympathie mit dem revolutionären Proletariat Rußlands ausgesprochen. Schließlich protestierte der Parteitag gegen die Verschlechterung in der Verhandlung der Festungsgefangenen.

Deutschösterreichischer Parteitag.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Wien, 1. November 1919.

Ueber die parlamentarische Taktik spricht Genosse Seig. Am Tage des Beschlusses der Monarchie war die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie, nicht nur zu verhindern, daß das Proletariat in den Zusammenbruch hineingezogen, sondern daß auch für die Demokratie und den Sozialismus das Möglichste getan werde. Der Kampf, der innerhalb der Arbeiterklasse tobte, war der Kampf zwischen den sozialen Idealen, denen wir bei der steigenden Macht des Proletariats so nahe schienen, und zwischen der nüchternen Wirklichkeit, zwischen unserem heißen Sehnen, Begehren und Wollen und zwischen der Wirklichkeit der Erfüllung dieses Sehns. Es ist damals darauf angekommen, ob der Parteivorstand den Forderungen Folge leisten sollte oder ob er sich zurückziehen sollte, was erreichbar ist und dieses Erreichbare mit aller Energie anzustreben. Wenn wir und die gesamte Partei damals den Forderungen gefolgt wären, würden wir heute wahrscheinlich das Schicksal Ungarns teilen. Wir mühten uns fruchtlos, was kann und der Boden Deutschösterreichs bieten, wie können wir die Masse von 24 Millionen Menschen auf abschabbare Zeit hin erhalten und die Produktion fortführen?

Darauf konnte die Antwort nicht anders lauten, als sie gegeben worden ist. Da Deutschösterreich für sich allein nicht bestehen kann, da wir an Rohstoffe im Jahre kaum den sechsten Teil unseres Bedarfs produzieren, da wir kaum den geringsten Teil des Rohstoffbedarfes selbst decken können, da wir von den Wohlhabenden das letzte Stück Baumwolle aufgedrückt haben, können wir uns auf Experimente nicht einlassen. Wir wären von aller Welt abgesperrt und wären ein Opfer des fremden Idealismus geworden. Im Lande hätte sich eine Konterrevolution erhoben, die vielleicht noch schlimmer gewesen wäre, als sie heute in Ungarn ist. Wir mühten also erkennen, daß wir das Höchste, was zu erreichen möglich ist, weitgehende Demokratie und ein Stück sozialer Fortschritt ist.

Diesem Ziele haben wir uns rauh genähert. Wir haben in der kürzesten Zeit die Demokratie rechtlich durchgesetzt und Deutschösterreich zur modernsten Republik geschaffen. Bei unserem Handeln mühten wir an die schweren Opfer denken, die ein unbedachter Schritt kosten könnte. Denn es ist vollständig klar für uns: Deutschösterreich wird im Sozialismus nicht vorangehen. Das können nur die reichen Wohlhabenden, die Länder der entwickelten Produktionskräfte.

Wir kamen zu dem Schlusse: sozialpolitisch leisten was möglich ist, sozialisieren was möglich ist. Im übrigen politische Demokratie und das Proletariat politisch in den Besitz der Macht setzen. Daher mühten wir uns auf den Boden des Parlamentes stellen, und da wir nicht stark genug waren, um im Parlament die Macht allein zu behaupten, so mühten wir den zweiten Schritt tun und uns mit den anderen Schichten des Volkes in die Macht teilen. Hätten wir sie allein übernommen, so wären wir schließlich bei der Diktatur des Proletariats gelangt und dies hätte zum offenen Bürgerkrieg geführt, der selbstverständlich die Besetzung durch die feindlichen Mächte heraufbeschworen hätte.

Die Koalition ist ein Gebot der Not, der wir uns beugen und fügen müssen. Deutschösterreich ist in

größter Not. Wir haben 24 Millionen Menschen, die hier Bergen wohnen und in größeren Städten, und nur zu einem ganz verschwindend kleinen Teil auf Brotgetreide produzierendem Flachland. Deutschösterreich allein kann nicht leben und unser erstes Gebot war, alles zu unternehmen, um den Anschluß an ein anderes großes wirtschaftliches Gebiet zu finden. Da ein Zusammenschluß mit den Entschuldigungsstaaten unmöglich war, forderten wir den Zusammenschluß mit der deutschen Reichsregierung. Es ist leider anders gekommen. Wir mühten uns der Gewalt der Waffen fügen. Der sogenannte Friedensvertrag hat gegen uns entschieden.

Unter diesen schweren Verhältnissen mühten wir arbeiten. Was wir innerhalb dieses Jahres an sozialpolitischen Gesetzen erreicht haben, war viel mehr, als früher in Jahrzehnten geschaffen wurde. Wenn aber dieses Deutschösterreich das Unglück haben sollte, allein zu stehen wenn der Anschluß an ein großes Wirtschaftsgebiet verweigert wird, dann ist nicht abzusehen, wie es sich aus dieser wirtschaftlichen Erniedrigung jemals erheben könnte. Die Mächte, die uns diesen Frieden auferlegt haben, haben eine große Schuld und zugleich eine große Verantwortung auf sich geladen. Wir geben aber die Hoffnung nicht auf, daß der Tag des Anschlusses kommen wird, da man einsehen wird, daß man auch und Berechtigte widerfahren lassen muß.

Genosse Otto Bauer: Die Koalition ist für uns und alle eine bittere Notwendigkeit. Wir sind uns aber ebenso klar darüber, daß die Koalition an Bedingungen geknüpft werden muß, die sich mit unseren Grundföhen und mit der Ehre der Sozialdemokratie vertragen. Es ist ein selbstverständliches Prinzip der Demokratie, daß sie politische Minderheiten nicht an ausländische Soldaten, an ausländische Suchthäuser auslieferen. Es wird die größte Ehre getragen, weil wir den Ungarn, die vor der konterrevolutionären Regierung flüchteten und den bayerischen Kommunisten Asyl geboten haben. Der Parteitag wird mit mir einer Meinung sein, daß es nicht nur unseren politischen Grundföhen und der Exobition der Sozialdemokratie entspricht, sondern daß es auch unvereinbar ist mit einer revolutionären Partei, wenn sie einen Ausländer wegen eines politischen Deliktes ausliefern würde. Wir könnten dann keinen Tag länger die Regierung unterstützen.

Deutschösterreich ist eine sehr mechanische Summe von zwei sehr ungleichen Dingen: nämlich von Wien und von den Ländern unserer Reichsposition. In Wien ist unsere Macht sehr stark. Anders sind die Reichsverhältnisse in den Ländern, wo die Arbeiterklasse nur einen kleinen Teil der Bevölkerung bildet. Wir dürfen uns über die Lage nicht täuschen. Kom Ungarn kommt eine Welle der Konterrevolution über uns. Wir überschätzen die Gefahr nicht. Wir wissen, daß jeder, der die Republik antasten würde, mit blutigem Rache nach Hause geschickt würde. Die Koalition ist nötig. Doch ist es auch nötig, daß wir innerhalb der Koalition stark sind. Diese Stärke haben wir nur, wenn wir das Proletariat einig erhalten.

Mag Adler: Es ist kein Geheimnis, daß die Partei die Notwendigkeit der Koalition mit Unbehagen fühlt. Aber wir haben in ihr das tatsächliche Mittel erkannt, die Macht des Proletariats zu erhalten. Es ist dies eine andere Koalition, als sie unter bürgerlichen Parteien geübt wird. In den Arbeiterräten hat sich überdies das Proletariat seine revolutionären Organe geschaffen, die dafür sorgen, daß die Koalition die Kräfte des Proletariats nicht zerschlägt.

Friedrich Adler: Wenn wir rückschauend alle Gefahren, durch die wir hindurchgekommen sind, und vergegenwärtigen, so müssen wir sagen: Es ist beinahe ein Wunder, daß es uns gelungen ist, über dieses schwere Jahr hinwegzukommen ohne eine Niederlage des Proletariats; und dies, weil wir uns in unserer politischen Taktik nicht haben abdrängen lassen von dem einzig möglichen Wege, der sich uns dargeboten hat. Wir sind auf dem Standpunkt gewesen, daß die Regierung, die unter den gegebenen Machtverhältnissen geschaffen worden ist, keine sozialistische Regierung sein kann. Was wir von dieser Regierung zu fordern haben, ist das strenge Festhalten an der Demokratie und der Republik. Es ist wichtig, daß die Genossen machtpolitisch denken lernen. Es kommt darauf an, wer die wirkliche Macht in Händen hat. Daher ist es eine Grundbedingung der Koalition, daß verhindert wird, die Wehrmacht reaktionären Zwecken dienstbar zu machen. Wenn wir nach Deutschland blicken, die dortigen traurigen Verhältnisse und die verfallenen Entwicklungsmöglichkeiten sehen, dann glaube ich, daß es der unheilvollste Fehler gewesen ist, daß dort die Armees ausgeliefert wurde und die bewaffnete Macht in die Hände der alten Offiziere gegeben wurde. Die Gefahren, die der Arbeiterbewegung dort drohen, gehen von diesem Umstand aus. Daher muß es unsere Aufgabe sein, den Versuch, unsere bewaffnete Macht der Reaktion in die Hände zu spielen, unbedingten Widerstand entgegenzusetzen. Die Wehrreform kann leider nicht eine sozialistische Armee ergeben. Doch was wir fordern müssen, ist, daß sie eine republikanische Armee ergibt und republikanische Wehrmänner liefert und jene, die schon vor dem November 1918 Republikaner gewesen sind.

Das Koalitionsregime kann von uns nur solange ertragen werden, als wir bei den Christlichsozialen den guten Willen sehen, sich auf den Boden der Republik zu stellen. Damit ist aber das Kampffeld zwischen diesen beiden Weltanschauungen nicht begraben. Die Koalition ist eine Arbeitergemeinschaft für konkrete Zwecke. Obber aber steht die Arbeit für die Klasse, die Arbeit für den Sozialismus.

Aus der Partei.

Die Magdeburger Genossen zum Parteitag.

Die Magdeburger Genossen nahmen in ihrer Generalversammlung Stellung zum Parteitag. Im Vordergrund der Erörterung stand die Frage der Internationalen. Die Beschlüsse sind gestellt. Eine Abstimmung wurde nicht vorgenommen. Der Parteitag delegierte sich in dieser Frage nach inneren Ueberzeugungen handeln können. Es wurden zu der zunächst stattfindenden Delegiertenversammlung in Brüssel der 3. Internationale und ein Genosse aufgestellt, der für Beteiligung an der Genfer Konferenz ist.

Frauenkonferenz des Bezirks Groß-Idarlingen.

Am Sonntag tagte in Erfurt eine Bezirksfrauenkonferenz. Bezirksleiterin Genossin Schwarz bedauerte u. a., daß der Bezirk 11 007 weibliche Mitglieder hat, von denen leider nur ein geringes Teil Abonnt der „Münchenerin“ ist. Ein Obligatorium sei jedoch nicht zu empfehlen. Genossin Schwarz referierte über Frauenorganisation und -agitation. Es wurde beschlossen, einen Frauenaktionsausschuß einzusetzen und in allen Gebieten Frauenagitationskommissionen zu schaffen. Die Beschlüsse der internationalen Frauenkonferenz durch andere Delegierte als die des Reichsausschusses wurde abgelehnt. Eine Genossin wurde als stellvertretende aus Reichslouisa benannt.

